

spannten eine mittlere Linie zu finden, nicht mehr weit entfernt seien. Es ist die Annahme gestattet, daß die bulgarische Regierung die Abtretung der Stadt Silistra, die sie bis zum Einmarsch der Mächte durchwegs verweigerte, nun unter gewissen Voraussetzungen nicht mehr als unmögliche Zugeständnis betrachten werde.

Die häßlichen Beziehungen zwischen Sofia und Bukarest sind fortgesetzt. Wie das Bukarester Amtsblatt meldet, hat König Carol auf die Mitteilung von der Geburt des Prinzen Mircea ein Glückwunschschreiben des Königs der Bulgaren erhalten.

Im großen und ganzen ist die augenblickliche Lage des rumänisch-bulgarischen Konfliktes nicht eine derartige, daß man Hoffnungen hegen dürfte. Die vorstehenden Nachrichten lassen die andauernden Bemühungen der Großmächte erkennen, auf eine friedliche Lösung der zwischen Sofia und Bukarest noch kritischen Fragen hinzuwirken. Erstreckt man sich in Bukarest gegenüber den Vorstellungen der Mächte nicht ablehnend, und auch in Sofia nicht man, wenn auch wahrscheinlich nur vorübergehend, sich veranlaßt, den Ratschlägen der Mächte nachzugeben. Die Rechtmäßigkeit in Sofia und Bukarest wird nur erwidert durch die Volksstimmung. Die Bulgaren wollen sich nicht um einen Teil ihrer Erfolge bringen lassen, und die Rumänen, ein an sich kriegerisches Volk, halten die sich hinziehenden diplomatischen Verhandlungen für unnötigen Ballast und möchten lieber heute als morgen loskämpfen. Die bulgarischen leitenden Kreise müssen einer kriegerischen Auseinandersetzung aus dem Wege gehen mit Rücksicht auf ihr eigenes, hart geschwächtes Volk. So ist anzunehmen, daß Bulgarien sich zu weiteren Zugeständnissen nicht beugen werden. Das hält natürlich beide Staaten nicht ab, ihre Kriegsvorbereitungen zu treffen. So belagern Sofioter Nachrichten, daß Bulgarien bei Drow ostlich Silistra Artillerie und Kavallerie aufmarschiert, und rumänische Meldungen, daß die Bukarester Regierung sämtliche finanziellen Mittel für militärische Zwecke zur Verfügung hat.

In Petersburg wird bestätigt, daß Rumänien und Bulgarien die Zustimmung zur Vermittlung der Großmächte gegeben haben. Zwei Mächte sollen den Streit schlichten. Es steht noch nicht fest, welchen beiden Großmächten die Vermittlung übertragen werden soll.

**Eine Spionage-Affäre in Rumänien.**

In Rumänien ereignet die Verhaftung des Artilleriehauptmanns Radu Golea wegen verführerischer Vaterlandsvorträge. Golea soll von einer fremden Macht gebunden worden sein, sich Pläne aus dem rumänischen Generalstab zu verschaffen und sie dem Vertreter der betreffenden Macht zu übergeben. Golea war der Militärbehörde schon seit längerer Zeit verdächtig und wurde verhaftet, als er gerade im Begriffe war, Kopien von Dokumenten dem Vertreter der sogenannten Macht zu übergeben. Es soll sich angeblich um den Mobilisierungspolizisten Rumantsch gehandelt haben. Golea kommt aus einer politischen Familie und hielt früher Reden. Er war der rumänischen Zensurbehörde durch seine Erfindungen auf dem Gebiete der Aviation bekannt. Auch nach der Verhaftung seiner Erfindungen hatte er vom Kriegsministerium vor einiger Zeit 5000 Kranten und aus der Privatbank des Königs ebenfalls eine namhafte Summe erhalten, die er jedoch für seine eigenen Zwecke verwendete.

**Vom türkisch-bulgarischen Kriegsschauplatz.**

Der türkische Generalstab und der Generalstabschef sind in Rumosch abend nach Bulair abgereist. Das in der Rumosch Nummer verzeichnete Gerücht über die Einnahme zweier Forts vor Bulair bestätigt sich nicht. Nach türkischen Behauptungen stellten sich die bulgarischen Meldungen über die Kämpfe bei Bulair als stark übertrieben heraus, da die Bulgaren nirgends an Terrain gewonnen haben.

**Die Landung der Türken bei Schartoj geblüht.**

Nach Berichten nicht türkischer Augenzeugen über die Ereignisse bei der Landung bei Schartoj sind diese Verände vollkommen geblüht. Die Bulgaren wurden unter beträchtlichen Verlusten zurückgedrängt. Die Verluste der Türken an allen drei Kampfplätzen, am 8., 9. und 10. Februar, betragen gegen 13 Tote und 13 Verwundete. Die Wiedererrichtung der Truppen erfolgte auf Befehl aus Konstantinopel ohne Beteiligung irgendeiner der Bulgaren - von türkischer Seite werden die Truppenlandungen verurteilt.

**Das Friedensprogramm der Mächte.**

Nach dem „Daily Telegraph“ hat das den beiden Kriegsparteien vorliegende Friedensprogramm der Mächte folgenden Inhalt: 1. Adrianopel wird an Bulgarien abgetreten. Die türkische Grenze läuft südlich der Stadt. 2. Die angrenzenden Inseln in der unmittelbaren Nachbarschaft der kleinasiatischen Küste verbleiben der Türkei, der Rest des Archipels wird an Griechenland abgetreten. 3. Die Türkei erhält völlige wirtschaftliche Freiheit bezüglich der Zolltarife. 4. Die Verbündeten übernehmen den auf sie entfallenden Teil der osmanischen Schuld, und zwar nach der Entscheidung der Großmächte. 5. Eine Kriegsschadikation wird nicht erhoben. 6. Die Türkei erhält die finanzielle Unterstützung der Mächte, um die notwendige Organisation der inneren Verwaltung durchzuführen. 7. Hinsichtlich Albanien erklärt sich die Türkei untergeordnet und überläßt es den Mächten, diese Frage zu lösen.

**Ungünstige Lage der Griechen vor Janina.**

Aus Saloniki wird gemeldet: Berichte aus dem Hauptquartier des griechischen Kronprinzen lassen die Situation der griechischen Truppen vor Janina als ungunstig erscheinen. Janina ist nach Norden und Westen von der Umfassung der türkischen Verbündeten von Janina erhalten ununterbrochen. Eine von gut bewaffneten albanischen Irregulären.

anderen Volkselement in Höhe von 200.000 Mark hat der ursprüngliche geforderte 1.000.000 Mark zu gewähren, wird mit 12 gegen 163 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Der Antrag Dobrich-Rosch-Schulz-Graf Bekarz wird außerordentliche außerordentliche Zulagen für die in der Provinz Posen und in den gemischsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen und in Ostpreußen angestellten Militärern, Ansiedler und Unterbeamten 2.000.000 Mark in den Etat einzustellen. Abgegeben werden 100 Stimmen. Der Antrag wird mit 106 gegen 148 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

**Ablehnung der Ostmarkenzulage.**  
Der Antrag Dobrich-Rosch beantragt, die Ostmarkenzulage nach der Vorlage zu bewilligen. Es stimmen 34 Abgeordnete ab. Der Antrag wird mit 211 gegen 141 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

**Abg. Graf Bekarz (L.) begründet eine Resolution, die die Aufhebung allgemeiner Grundzüge für eine angemessene Unterstützung der Alpenländer fordert. Die Resolution wird, nachdem die Abg. Craxberger (Sentr.), Sed. Heidelberg (natl.) und Rosch (Vollst.) ihr zugestimmt haben, an die Budget-Kommission abzuweisen. - Zum Titel**

**Unterstützungen an Arbeiter**

begründet Abg. Sedemann (natl.) eine Resolution, die eine allgemeine Erhöhung der Arbeiterlöhne und Zulagen, sowie die Schaffung einer Arbeiterkasse fordert. - Abg. Dobrich (Vollst.) stimmt der Resolution zu und begründet eine Resolution seiner Partei, das Verbotsgesetz gegen die Unternehmung eines Arbeiterverbandes auszudehnen, als es der Unternehmung eines Arbeiterverbandes im Arbeiterverhältnis ausdrücklich dienlich sei. - Abg. Sedemann (natl.) begründet eine Resolution, die die Erhöhung der Löhne, inwieweit den Arbeitern ihre Dienstjahre auf das Verbotsgesetz angerechnet werden können, damit sie nicht hinter den Vorposten zurückbleiben. Ferner begründet der Arbeiter die Resolution, die die Löhne der Arbeiter in der Telegraphenarbeiter vor der einstweiligen Anstellung auf die Höhe der Löhne der Arbeiter in den Telegraphenarbeiten für die spätere etatmäßige Anstellung maßgebend sein zu lassen. - Staatssekretär Kraetz: Würden wir alle in den Resolutionen enthaltenen Wünsche erfüllen, dann würden alle Arbeiter sofort Beamte werden. Gewiß suchen wir den Arbeitern möglichst entgegenzukommen, aber wir müssen im beiderseitigen Interesse darauf achten, daß die Arbeiter freibleiben. Die Löhne unserer Arbeiter sind ständig im Wachstum begriffen und die Arbeitsverhältnisse zu geregelt, daß 80 Prozent unserer Arbeiter das ganze Jahr hindurch beschäftigt sind. Die Resolution Rumms ist ganz unüberlegbar. Auch die Gründung einer Arbeiterkasse müssen wir ablehnen. - Abg. Jäder (natl.): Die Löhne sind allerdings dauernd steigend, aber man kann sich nicht dabei beruhigen, daß Ungleichmäßigkeiten immer vorhanden sein müssen. Wir werden nicht aufhören, auf Verbesserung der sozialen Arbeiter zu dringen. - Abg. Zubeil (Zos.) polemisiert gegen den Staatssekretär Kraetz. Nur die Defizitpolitik könne dem allen Abhilfe schaffen, aber der so lange und noch immer an der Spitze der Verwaltung stehende, Adhärent. - Staatssekretär Kraetz weist mit, daß nur neun Prozent aller Telegraphenarbeiter Löhne bis zu 3 Mark erhalten. Alljährlich und fast in allen Bezirken werden die Löhne angehoben. Klagen denn die Arbeiter in den sozialdemokratischen Betrieben nicht auch, daß sie vielfach nicht höhere Löhne bekommen als die ortsbewohnenden? - Abg. Koos (Zos.): Was vertritt denn der Staatssekretär von den Arbeitsbedingungen im sozialdemokratischen Betrieb? Die Löhne sind nicht mit denen der Post zu vergleichen, und die Zulagen für die Postarbeiter sind zu gering, daß sie mit den steigenden Anforderungen an die Lebenshaltung nicht mithalten. - Abg. Dr. Certeel (Sentr.): Sollen wir die Wünsche zum achtigen Volk unterbreiten? Was ist mit uns für die Wünsche der Arbeiter nicht interessiert? Aber unerlässbare Wünsche in Resolutionen zu geben, ist zwecklos. Keine Partei des Hauses läßt den Beamten nach (Sentr.), auch wir nicht, wir lassen uns aber von der Regierung über die Erfüllung auflösen. - Die oben angeführten Resolutionen werden angenommen. Ebenso eine von Partizipat (Vollst.) begründete, wonach die Gewerkschaften, die Arbeitervereine und die Arbeitervereine, die die Arbeiter Löhne zahlen, zu berücksichtigen sind. - Der Postetat ist erledigt.

**Das Budget des Staats des Reichseisenbahnwesen.**

- Abg. Golea (Zos.) fordert die Vereinfachung der Eisenbahnen im Reichslande.

Schluss der Sitzung 17 Uhr. Weiterberatung morgen 1 Uhr.

**Aus der Budgetkommission.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstages nahm zum Marine-Etat eine Resolution des Reichstages an um Revision der Arbeitsordnungen der kaiserlichen Marinebetriebe, durch welche die Arbeiterverhältnisse entsprechend den früheren Verhältnissen des Reichstages ausgebaut und die Verhältnisse einseitig geändert sind; ferner sollen alle Bestimmungen entfernt werden, welche die Nichtbeschäftigung von Angehörigen bestimmter politischer Parteien vorsehen. Die Monierationen stimmten dagegen. Angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag betreffend Vereinfachung von Vereinfachungen des Reichseisenbahnwesens. - Dem Reichstag die Beratung des Reichseisenbahnwesens. Heim Gehalt des Staatssekretärs beantragte die Volkspartei eine Resolution, die um die erforderlichen Maßnahmen ersucht, um eine beratende Vertretung der in den Schlichterbetrieben anwesenden Deutschen bei der durch den Reichstag erfolgten Festsetzung des Staatshaushalts ihres Schlichterbetriebs herbeizuführen. Die Verhandlung darüber kam nicht zum Abschluss.

**Aus der Petitionskommission.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Petitionskommission des Reichstages beschloß, Petitionen um Vereinfachung des Impfsystems der Regierung zur Vereinfachung zu überweisen. In dem Entschluß der Kommission wird die Regierung aufgefordert, eine Sachverständigenkommission aus Impfgängern und Impffreunden einzuberufen.

**Die Botschaft des Präsidenten Poincaré.**

Paris. Die heute nachmittag im Parlament verlesene Botschaft des Präsidenten Poincaré stellt fest, daß der Übergang der präsidentiellen Gewalt sich friedlicher und geregelter Weise vollzogen habe. Er habe von neuem die Augen der Welt auf die unerlöschliche Festigkeit der Einrichtungen Frankreichs gelenkt. Die Republik habe einen neuen Beweis ihrer Lebensfähigkeit gegeben. Frankreich habe gezeigt, daß es sich endgültig an die Sitten der Freiheit gewöhnt habe. Poincaré erklärte weiter, er werde bei Ausübung des ersten Amtes des Landes sich der gleichen peinlichen Vollständigkeit befleißigen, mit welcher sein ausgezeichneter Vorgänger seine Stellung ausgefüllt habe. Er werde, wie jener, seine Ehre darin setzen, die Verfassung zu verteidigen, die nach den graulichen Bräunungen des Jahres 1870 Frankreich einen langen Zeitraum der Ruhe und der Arbeit verschafft habe, die er nicht unterbrechen lassen wolle. Die Botschaft betont weiter die Notwendigkeit einer festen Konstitution.

**Die Republik**

haben einen neuen Beweis ihrer Lebensfähigkeit gegeben. Frankreich habe gezeigt, daß es sich endgültig an die Sitten der Freiheit gewöhnt habe. Poincaré erklärte weiter, er werde bei Ausübung des ersten Amtes des Landes sich der gleichen peinlichen Vollständigkeit befleißigen, mit welcher sein ausgezeichneter Vorgänger seine Stellung ausgefüllt habe. Er werde, wie jener, seine Ehre darin setzen, die Verfassung zu verteidigen, die nach den graulichen Bräunungen des Jahres 1870 Frankreich einen langen Zeitraum der Ruhe und der Arbeit verschafft habe, die er nicht unterbrechen lassen wolle. Die Botschaft betont weiter die Notwendigkeit einer festen Konstitution.

**Erfolgsgewalt.**

Poincaré werde darüber wachen, daß die Regierung ihr Ansehen unter der Kontrolle des Parlaments unverändert bewahrt. Die Regierung werde in seinem Sinne den Führer und Berater der öffentlichen Meinung sein und sich für die Wohlfahrt des Volkes einsetzen, was neue Ideen auf Lebensdauer und für die Zukunft fruchtbarer einwirken lassen. Die Botschaft erwähnt sodann die verschiedenen Reformen.

**auffozialem Geleite**

ein unermeßliches Feld von Hoffnungen und Verbesserungen vor sich offen. Um fortzusetzen die Aufgaben zu erfüllen, die ihr zu tun blieben, habe die Republik die Pflicht, mit Festigkeit die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und eifrig über das Gleichgewicht des Budgets und die Integrität der finanziellen Macht zu wachen. Endlich müsse die Republik, soweit es von ihr abhängt, alles tun, um Frankreich in dem allgemeinen Ansehen der nationalen Würde die Wohlthaten des äußeren Friedens zu sichern. Der Friede werde nicht durch den Willen einer einzigen Macht dekretiert. Das ein Volk in wirksamer Weise friedfertig sei, sei nur möglich unter der Voraussetzung, daß es sich nicht kriegerisch verhalte. Ein vermisst, durch seine Schuld der Erniedrigung angelegtes Frankreich würde nicht mehr Frankreich sein. Es bleibe, ein Verbündeter gegen die Interventionen, wenn man Frankreich umtänzen so vieler Nationen, die unaufhörlich ihre militärischen Kräfte entwickeln, in Verfall geraten ließe. Die französische Armee und Marine gäben an jedem Tage Beweise ihrer Ergebenheit und Tapferkeit. Wenn sie ihnen, so fährt die Botschaft fort, unsere Dankbarkeit zu, und schrecken wir vor keinem Opfer, vor keiner Anstrengung zurück, um sie zu sichern und zu stärken. In ihrer stillen Arbeit sind sie die nützlichsten Hilfsmittel unserer Diplomatie. Unsere Worte

**„Friede und Humanität“**

werden um so mehr Ansehen haben, als sie zu werden, je mehr man weiß, daß wir gut gewaffnet und entschlossen sind. Seit einigen Monaten arbeiten wir mit ganz Europa daran, die Gefahren der turbulenten Krisis zu beschwören. Stark durch das Vertrauen des Parlaments und des Landes, sicher der Treue der Verbündeten und Freunde, wird die Regierung beharrlich eine Politik der Offenheit, Weisheit und Verlässlichkeit betreiben. Dieser Politik zu dienen und dabei die Einigkeit in Zukunft aufrechtzuerhalten, werde ich ohne Schwäche meine ganze Energie aufbringen.

**Ein russischer Orden für Poincaré.**

Petersburg. Der Kaiser hat, um von neuem seiner freundschaftlichen Gesinnung für Frankreich und seiner persönlichen Verehrung für Poincaré Ausdruck zu geben, dem Präsidenten den St. Andreaskreuzorden verliehen. Die Ordensinsignien werden durch den Konsuldirektor im Ministerium des Auswärtigen Kammerherrn Baron v. Schilling nach Paris gebracht und Anfang nächster Woche überreicht werden.

**Befehl in der Petersburger französischen Botschaft.**

Paris. Der Gesundheitszustand des bisherigen Vizekonsuls in Petersburg, Louis, erschwerte ihm die Wahrnehmung seiner Funktionen seit mehreren Monaten. Seine Abberufung kommt daher nicht unerwartet. In der heutigen Sitzung des Ministerrates sollte die Regierung den Vizekonsul, mit der Louis seines Amtes waltete, und den hervorragenden Diensten, die er in seinem arbeitsreichen Leben dem Lande geleistet habe, warme Anerkennung. Paris. Delcassé behält sein Depuiermandat. Er erhält verfassungsgemäß einen Urlaub auf sechs Monate, der erneuert werden kann.

**London. (Priv.-Tel.)**

Der Pariser Berichterstatter des „Standard“ erfährt, daß demnächst Delcassé als Vizekonsul nach Petersburg gehen solle.

**Aus dem Bundesrat.**

Berlin. An der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf einer Bekanntmachung betr. die Ausführung des 8. 8. des Verordnungsverzeichnisses für Angehörige des kaiserlichen Reichsheeres übermieden. Dem Entwurfe von Bestimmungen betr. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf den Eisenbahnwerken in Preußen, Bayern, Sachsen und Elsaß-Lothringen, sowie dem Entwurfe einer Bestimmung über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen für die Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten wurde zugestimmt.

**Einzelheiten aus dem Nachtragetat für die Luftflotte.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Nachtragetat für die Luftflotte, mit dem sich der Bundesrat schon in der nächsten Zeit beschäftigen dürfte, wird annähernd 20 Millionen Mark für den Ausbau unserer Luftflotte fordern, die ihre Deckung in den Ueberüberschüssen des Jahres 1912 finden werden. Wie verlautet sollen mit dieser Summe gebaut werden: 1. Luftschiffe: 3 Doppel-, 1 Schiffe-Vergewalt und 1 Barakade. Der Weiterbau des Militärflottenschiffes ist nicht in Aussicht genommen. Die Kosten der beiden letzten Luftschiffprojekte sind mit zusammen auf rund 1.000.000 Mark für das Luftschiff. Der Verbleibende kommt nach seiner Größe auf 400-500.000 Mark zu stehen. Der Neubau von 3 lenkbaren Luftschiffen erfordert die ziemlich kostspielige Herstellung von Ballonanlagen. Notwendig ist ferner die Erhöhung des Mannschaftsstandes der drei Luftschiff-Bataillone, um die notwendige Bedienungsmannschaft heranzubilden, und weiter werden Stabunteroffiziere an den Stationierungsplätzen der lenkbaren Notwendig. Endlich ist eine Vergrößerung der Führer-Militärschule zur Ausbildung von Offizieren und Mannschaften im Flugwesen geplant. 2. Flugzeug: Gegenwärtig gibt es in Deutschland 15 verschiedene Typen von Flugzeugen, die zu militärischen Zwecken geeignet sind. Die Militärverwaltung prüft schon seit längerer Zeit die einzelnen Systeme auf ihre Anwendbarkeit. Im Vordergrund stehen Rumpler-Taube, Albatros-Werke, Luftverkehrs-Gesellschaft „Aviatik“, Farlan-Werke, Euler-Werke und Otto (München). Die Kosten eines Flugzeuges belaufen sich auf 12-25.000 Mark. Dazu treten noch die Auslagen für die Schuppen, die sich für einen Schuppen, in dem einen oder drei Flugzeuge untergebracht werden können, auf 6-8.000 Mark belaufen. Die Anschaffung einer erheblichen Anzahl von Flugzeugen zu militärischen Zwecken wird nach im Laufe dieses Jahres erfolgen. Zu gleicher Zeit dürfte eine nach militärischen Gesichtspunkten vorzunehmende Organisation der Flugzeugflotte erfolgen, die uns in den Stand setzt, der französischen Luftflotte das notwendige Gegengewicht zu bieten.

**Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhaus wurde die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt. Abg. Rabardt (Sentr.) sagte u. a.: Der erste Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauarbeiten habe sich als vollkommen wertlos erwiesen. In Berlin sind im Verlaufe 1700 Grundstücke im Auktionsverkauf gekommen. Dabei haben die Handwerker und Gläubiger 75 Millionen verloren. Unsere Großbanken ließen durch unfähige Forderungen-

2. Seite  
M. 51  
22. Februar 1913  
Deutscher Reichstag

**Drahtmeldungen**  
vom 20. Februar.  
**Deutscher Reichstag.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die residierende Pariser Ueberkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums wird nach kurzer Debatte in dritter Lesung angenommen. - Dann wird die Beratung des Postetat fortgesetzt. Zunächst wird über die Ostmarkenzulage namentlich abgelehnt. Der Antrag Bassermann, unheimliche Zulagen für die in den gemischsprachigen Teilen des Reichspostgebietes angestellten Militärern und